



Karl Brenke, Wissenschaftlicher Referent
im Vorstandsbereich des DIW Berlin

FÜNF FRAGEN AN KARL BRENKE

»Deutschland ist vom aktuellen Flüchtlingsstrom besonders betroffen«

1. Herr Brenke, eine große Menge von Asylbewerbern erreicht derzeit Europa. Ist Deutschland stärker betroffen als die anderen europäischen Länder? Ja, das ist offensichtlich der Fall. Den aktuellen Zahlen zufolge kommt in diesem Sommer die Hälfte der Asylsuchenden nach Deutschland. Eine Gleichverteilung in der EU unterstellt, bekommt Deutschland auf die Einwohner bezogen dreimal so viel Asylsuchende und bezogen auf die Wirtschaftskraft doppelt so viele. Es gibt aber einige Länder, die noch deutlich stärker betroffen sind. Das sind beispielsweise Ungarn, Bulgarien und Schweden. Die anderen großen EU-Staaten, wie Großbritannien, Frankreich, Spanien und Italien nehmen relativ wenig Asylsuchende auf.
2. Wie ist es zu erklären, dass es nicht zu einer Gleichverteilung in Europa kommt? Die wichtigste Ursache ist gewiss, dass einige Länder sich stark dagegen wehren, dass es Quoten über die Verteilung der anerkannten Asylbewerber gibt, die der Wirtschaftskraft oder der Einwohnerzahl eines Landes entsprechen. Nicht zuletzt Großbritannien und Polen sind dagegen. Gemessen am Durchschnitt bei einer Gleichverteilung müsste Großbritannien mehr Asylbewerber aufnehmen. Das will man aber nicht. Ähnliche Signale gibt es auch aus anderen Staaten. Wir haben zusätzlich das Problem, dass einige Staaten angekündigt haben, ihre Asylpolitik noch restriktiver zu gestalten. Wenn sich aber mehr und mehr Länder abschotten, kommen die Flüchtlinge dorthin, wo die Kanäle noch offen sind, und das ist dann beispielsweise auch Deutschland.
3. Halten Sie es für eine Lösung, weitere Balkanstaaten zu sicheren Herkunftsstaaten zu erklären? Wenn man sich die Anerkennungsverfahren und deren Ergebnisse ansieht, kann man jetzt schon feststellen, dass beispielsweise aus Albanien oder dem Kosovo praktisch niemand als Asylberechtigter anerkannt wird. Deswegen muss man sich schon die Frage stellen, warum diese Staaten nicht als sichere Staaten anerkannt werden sollen. Es ist ja auch nicht bekannt, dass dort Krieg herrscht oder systematische Verfolgung stattfindet.
4. Wie viele Flüchtlinge lassen sich in den deutschen Arbeitsmarkt integrieren? Asylsuchende haben natürlich erhebliche Schwierigkeiten, in den Arbeitsmarkt zu kommen. Die allermeisten können kein Deutsch. Das heißt, sie müssen die Sprache erst erlernen. Hinzu kommt, dass ein Teil der Asylsuchenden, gerade aus dem arabischen Raum, auch die lateinische Schrift nicht gewohnt ist. Dann haben wir auch noch das Problem, dass manche Asylsuchende gesundheitliche Einschränkungen haben, zum Beispiel psychische Einschränkungen infolge eines Bürgerkrieges. Das macht die Integration sehr schwer. Zwar hat die Beschäftigung bei den Nationalitäten, denen die meisten Asylsuchenden angehören, zugenommen, die Zahl der Arbeitslosen ist jedoch noch stärker gewachsen.
5. In der aktuellen Debatte wird oft über die Unterscheidung von Asylberechtigten und Wirtschaftsflüchtlingen gestritten. Müssen die Aufnahmekriterien neu überdacht werden? Ich glaube, man muss im Grunde genommen bestimmte Sachverhalte auseinanderhalten. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Dafür haben wir bestimmte Regelungen. Was Arbeitskräfte anbelangt, sind wir gegenüber den anderen EU-Ländern völlig offen. Gegenüber Drittländern gibt es die EU-Blue-Card-Regelung. Die Aufnahme von Flüchtlingen und das Asyl sind ja im Grunde genommen nicht für die dauerhafte Einwanderung gedacht, sondern es ist eine temporäre humanitäre Hilfe und als solche sollte man sie auch behandeln. Wenn es natürlich Personen unter den Asylsuchenden gibt, die bestimmte Qualifikationen mitbringen, die mit der EU-Blue-Card-Regelung übereinstimmen, kann man im Grunde genommen das Asylverfahren gleich beenden und ihnen eine Arbeitserlaubnis geben. Das sind aber wahrscheinlich nicht sehr viele Personen. Man kann jungen Leuten die Chance zur Berufsausbildung geben, aber man muss auch signalisieren, dass es um temporäre Zuwanderung geht, und hier wird einiges verwischt.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden
Sie auf www.diw.de/interview



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
82. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Dr. Kati Krähnert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sylvie Ahrens-UrbaneK
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Marie Kristin Marten
Dr. Wolf-Peter Schill
Dr. Vanessa von Schlippenbach

Lektorat

Dr. Markus Grabka

Textdokumentation

Ellen Müller-Gödtel

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.